

Eine Geschichte von Doppelmoral und Vertreibung

Der Israel-Palästina-Konflikt ist ein tief verwurzelter Kampf, geprägt von historischen Ironien und zeitgenössischen Ungerechtigkeiten, die einen Kreislauf von Gewalt und Vertreibung aufrechterhalten. Dieser Essay untersucht vier maßgebliche Themen: die historische Rolle Palästinas als Zufluchtsort für jüdische Einwanderer, die vor der NS-Verfolgung flohen, nur um selbst vertrieben zu werden; der Einsatz von Terrorismus durch zionistische Paramilitärs und später durch Israel, während andere als Terroristen bezeichnet werden; die Menschenrechtsnormen, die die Gründung Israels ermöglichten, aber nun gegen Palästinenser verletzt werden; und die Ungerechtigkeit des UN-Teilungsplans von 1947, gefolgt von Israels illegaler Expansion. Diese Themen offenbaren ein Muster von Doppelmoral, moralischen Widersprüchen und rechtlichen Verstößen, die die Rechte der Palästinenser weiter untergraben und die Notwendigkeit einer gerechten Lösung verdeutlichen.

Palästina als Zufluchtsort, nun vertrieben

In den 1930er und 1940er Jahren vertrieb Nazi-Deutschland Juden, entzog ihnen unter den Nürnberger Gesetzen (1935) die Staatsbürgerschaft und verschärfte die Verfolgung nach dem Anschluss 1938. Die Évian-Konferenz im Juli 1938, initiiert von Franklin D. Roosevelt, scheiterte daran, Zuflucht zu bieten: 32 Länder nahmen teil, aber nur die Dominikanische Republik und Costa Rica boten an, erhebliche Zahlen aufzunehmen (100.000 bzw. 200 Familien), während die USA und Großbritannien sich weigerten, die Quoten zu erhöhen. Mit wenigen Optionen wandten sich viele Juden dem Mandatsgebiet Palästina zu, wo das britische Mandat die Einwanderung gemäß der Balfour-Deklaration (1917) erleichterte. Zwischen 1933 und 1939 kamen über 120.000 Juden an, und bis 1947 erreichte die jüdische Bevölkerung 33 % (600.000 von 1,9 Millionen). In diesem Kontext nahm Palästina jüdische Flüchtlinge auf und rettete sie, als ein Großteil der Welt ihnen den Rücken kehrte.

Heute wird diese Geschichte durch die zionistische Erzählung verdreht, dass „kein Land Palästinenser aufnehmen will“. Seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 und Israels Vergeltungskampagne in Gaza wurden laut UN-Schätzungen 1,9 Millionen Palästinenser (von 2,1 Millionen) vertrieben. Human Rights Watch (HRW) dokumentiert diese Aktionen als erzwungene Überstellung, ein Kriegsverbrechen nach den Genfer Konventionen, das Evakuierungsbefehle, Angriffe auf sichere Zonen und die Zerstörung von 70 % der Wohnungen in Gaza umfasst. Israelische Beamte, wie Finanzminister Bezalel Smotrich, haben „freiwillige Migration“ für die Bewohner Gazas vorgeschlagen, was impliziert, dass ihre Vertreibung den Konflikt lösen würde. Diese Erzählung ignoriert die 6-Millionen-Palästinenser-Diaspora in Ländern wie Jordanien, Chile und Deutschland sowie die Tatsache, dass Israels Blockade und Kontrolle über Gazas Grenzen (z. B. Rafah-Übergang) Palästinenser am Verlassen hindern, nicht ein Mangel an internationaler Bereitschaft. Die Ironie ist klar:

Israel, das teilweise von Flüchtlingen aufgebaut wurde, die in Palästina Zuflucht fanden, vertreibt nun gewaltsam Palästinenser, während es behauptet, niemand sonst würde sie aufnehmen, und verletzt damit ihr Recht, in ihrer Heimat zu bleiben, gemäß internationalem Recht (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13).

Die Kontinuität des Terrorismus

Zionistische Paramilitärs Irgun und Lehi setzten während des britischen Mandats Taktiken ein, die heute als Terrorismus klassifiziert würden, mit dem Ziel, die Briten zu vertreiben und einen jüdischen Staat zu sichern. Irgun, angeführt von Menachem Begin, sprengte 1946 das King David Hotel und tötete 91 Personen (41 Araber, 28 Briten, 17 Juden). Das Massaker von Deir Yassin 1948 durch Irgun und Lehi tötete über 100 palästinensische Dorfbewohner, löste Massenflucht aus und verschärfte die Nakba. Andere Taten umfassten die Erhängung der britischen Sergeants Clifford Martin und Mervyn Paice 1947, Bombenanschläge auf arabischen Märkten und internationale Angriffe wie die Bombenexplosion in der britischen Botschaft in Rom 1946. Lehi ermordete 1944 Lord Moyne und 1948 den UN-Vermittler Folke Bernadotte, letzteres möglicherweise mit Beteiligung des israelischen Staates. Diese Akte – gezielte Angriffe auf Zivilisten, Verbreitung von Angst und Verfolgung politischer Ziele – entsprechen modernen Definitionen von Terrorismus (Resolution 49/60 der UN-Generalversammlung, 1994). Begin, auf den MI5 eine Belohnung von 10.000 £ ausgesetzt hatte, wurde später israelischer Ministerpräsident (1977–1983) und gründete die Likud-Partei, die heute von Benjamin Netanjahu geführt wird.

Seitdem hat Israel Handlungen begangen, die diese Gewalt widerspiegeln, oft als Selbstverteidigung dargestellt, aber als Terrorismus oder Verletzungen des Völkerrechts kritisiert. 2006 bombardierte Israel den internationalen Flughafen Beirut-Rafic Hariri, zielte auf zivile Infrastruktur und ließ Tausende stranden, was von HRW wegen fehlender militärischer Notwendigkeit verurteilt wurde. 1973 schoss Israel Libyan Arab Airlines Flug 114 ab, wobei 108 von 113 Menschen getötet wurden, ein Akt, der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) als illegal eingestuft wurde. Israel zerstörte auch 2001–2002 den internationalen Flughafen Yasser Arafat in Gaza, was die umfassenderen Einschränkungen der palästinensischen Bewegung unter der Blockade von 2007 symbolisiert. Dennoch bezeichnet Israel Hamas-Führer als Terroristen und zielt auf sie mit Attentaten ab – z. B. Ismail Haniyeh in Teheran (Juli 2024) und Yahya Sinwar in Rafah (Oktober 2024) – während es seine eigene Geschichte ignoriert. Hamas, von den USA und der EU als terroristische Gruppe eingestuft, hat israelische Zivilisten angegriffen, aber seine politische Rolle in Gaza und Veränderungen in der Rhetorik (z. B. Charta von 2017) werden übersehen, wodurch ihm die Legitimität verweigert wird, die Begin erlangte. Dieser Doppelstandard – zionistische und israelische Gewalt zu entschuldigen, während palästinensischer Widerstand verurteilt wird – verewigt den Konfliktzyklus.

Menschenrechte: Ermöglichung Israels, Verletzung der Palästinenser

Menschenrechtsnormen, die die Briten während des Mandats einschränkten, ermöglichten die Gründung Israels, werden aber nun von Israel gegen Palästinenser verletzt. Das britische Mandat beauftragte Großbritannien, „die bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner Palästinas zu schützen“, was frühe Menschenrechtsprinzipien widerspiegelt. Angesichts des Aufstands von Irgun und Lehi war die britische Reaktion zurückhaltend: Die Operation Shark (1946) umfasste Festnahmen und Ausgangssperren, und gefangene Kämpfer wurden in Lager in Eritrea, Kenia und Zypern deportiert, wodurch massenhafte Zerstörung vermieden wurde. Die Erschöpfung nach dem Zweiten Weltkrieg, internationaler Druck (insbesondere aus den USA nach dem Holocaust) und aufkommende Menschenrechtsnormen begrenzten den Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt. Eine brutalere Reaktion – ähnlich der Israels in Gaza – hätte die zionistische Bewegung zerschlagen und die Gründung Israels 1948 verhindert.

Heute verletzt Israel diese Normen in seiner Behandlung der Palästinenser. Seit Oktober 2023 hat Israels Kampagne in Gaza 1,9 Millionen Menschen vertrieben, über 43.000 getötet und 70 % der Wohnungen zerstört, Aktionen, die HRW als erzwungene Überstellung, ein Kriegsverbrechen, einstuft. Die Blockade von 2007 stellt eine kollektive Bestrafung dar, die nach Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention verboten ist, und schränkt den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern ein. Gezielte Attentate in Drittländern, wie die Tötung von Haniyeh in Iran, verletzen die Souveränität und werfen Fragen zu außergerichtlichen Tötungen nach internationalem Menschenrechtsrecht auf. Die Ironie ist tief: Die Normen, die die jüdische Bevölkerung in den 1940er Jahren schützten, werden nun ignoriert, da Israels Handlungen die Rechte der Palästinenser auf Leben, Bewegung und Selbstbestimmung untergraben.

Ungerechte Teilung, illegale Expansion

Der UN-Teilungsplan von 1947 (Resolution 181) war von Grund auf ungerecht und vergab 56 % des Mandatsgebiets Palästina (14.100 km²) an einen jüdischen Staat für eine Minderheitsbevölkerung (33 %, 600.000 Menschen), die nur 7 % des Landes besaß, während die arabische Mehrheit (67 %, 1,3 Millionen) 43 % (11.500 km²) erhielt. Jerusalem sollte eine internationale Stadt sein. Die jüdische Führung akzeptierte den Plan als Schritt zur Staatlichkeit, während die arabische Führung ihn ablehnte, da er die Selbstbestimmung verletzte. Der darauf folgende Bürgerkrieg 1947–1948 und der arabisch-israelische Krieg von 1948 führten dazu, dass Israel sich auf 78 % Palästinas (20.770 km²) ausdehnte und 750.000 Palästinenser vertrieb (die Nakba), wobei Massaker wie Deir Yassin die Flucht anheizten.

Diese 56 % waren für Israel nicht genug, das sich seitdem durch Besatzung, Siedlungen und Annexion illegal ausgebreitet hat. Der Sechstagekrieg von 1967 führte zur Besetzung des Westjordanlands, Gazas, Ost-Jerusalems und der Golanhöhen durch Israel. Das Beratende Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) von 2024 erklärt diese Besatzung für illegal und verweist auf Verstöße gegen die palästinensische Selbstbestimmung durch über 700.000 Siedler im Westjordanland und Ost-Jerusalem, die nach Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention illegal sind. Palästinenser stehen regelmäßigen Zwangsräumungen gegenüber, wie in Sheikh Jarrah, um Siedlern Platz zu machen. Israels Annexion Ost-Jerusalems 1980 als „unteilbare Hauptstadt“ ist illegal, wie durch die UN-Resolution A/RES/ES-

10/24 (2024) bestätigt, die auch Siedlungen und die Trennmauer verurteilt. Diese Aktionen festigen Israels Kontrolle, schaffen „unwiderrufliche Auswirkungen“, die einer Annexion gleichkommen, vertreiben weiterhin Palästinenser und widersprechen den Prinzipien der Gerechtigkeit des Teilungsplans.

Schlussfolgerung

Der Israel-Palästina-Konflikt ist geprägt von historischen Ironien und zeitgenössischen Ungerechtigkeiten, die tiefe Doppelmoral offenbaren. Palästina bot jüdischen Einwanderern Zuflucht, als die Welt sie zurückwies, doch nun vertreibt Israel Palästinenser und behauptet, niemand würde sie aufnehmen, während es seine Rolle in ihrem Leid ignoriert. Zionistische Paramilitärs nutzten Terrorismus, um einen Staat aufzubauen, und Israel verübte später ähnliche Akte – Bombardierung von Flughäfen, Abschuss von Flugzeugen – während es Hamas als Terroristen bezeichnet, trotz Begins eigener terroristischer Vergangenheit. Menschenrechtsnormen, die die Gründung Israels ermöglichten, werden nun gegen Palästinenser verletzt, wie die erzwungene Überstellung und Blockade in Gaza zeigen. Die ungerechte Teilung von 1947, gefolgt von Israels illegaler Expansion durch Siedlungen und Annexion, setzt dieses Muster der Vertreibung fort, verletzt das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser. Diese Widersprüche unterstreichen die dringende Notwendigkeit von Rechenschaftspflicht und einer Lösung, die die palästinensische Selbstbestimmung respektiert und die historischen Missstände sowie zeitgenössischen Ungerechtigkeiten im Kern dieses Konflikts angeht.